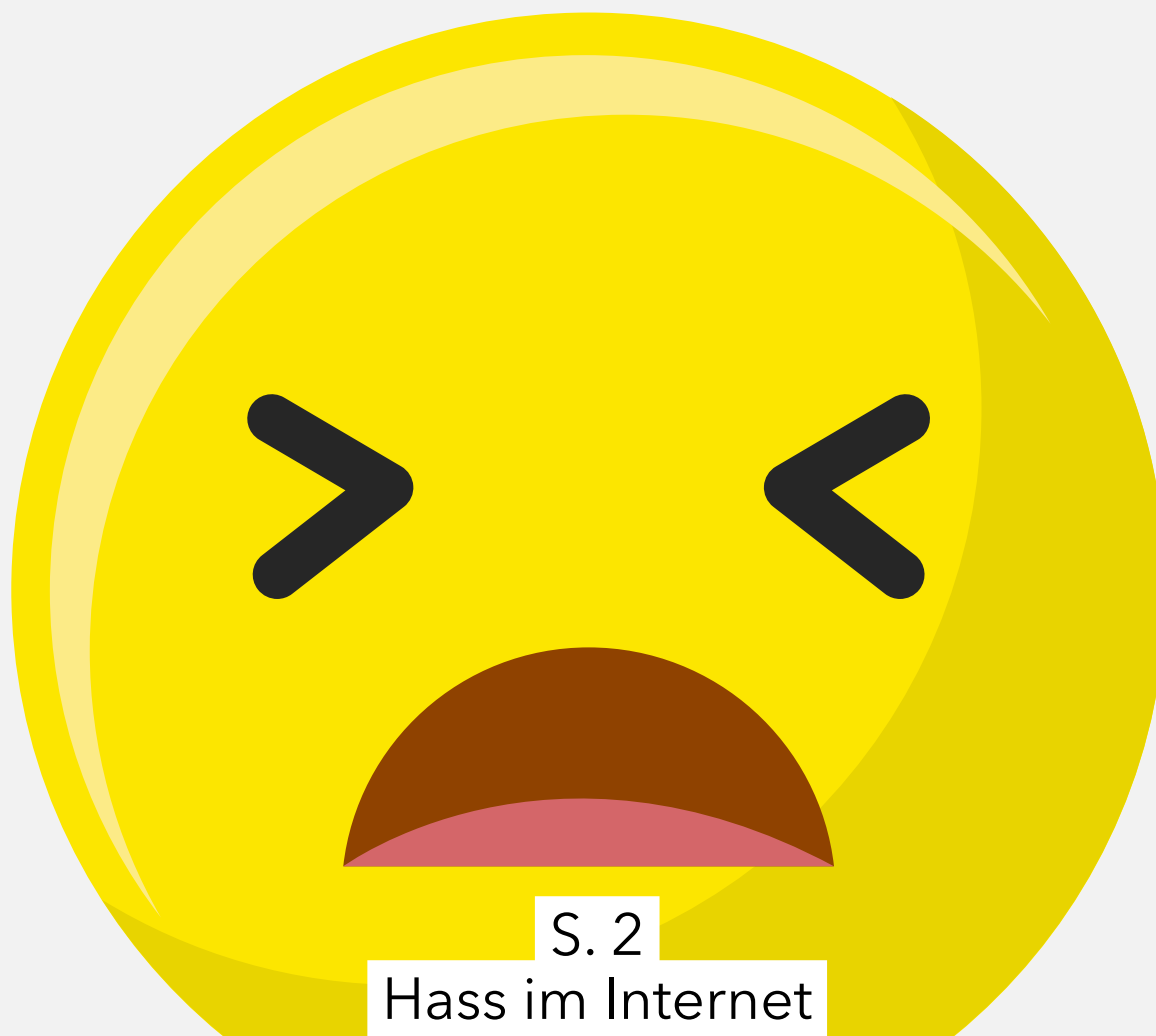


MANEO+



S. 2

Hass im Internet

HASS 3.0

S. 8

Opferhilfe

**GEFLÜCHTETENARBEIT
VON MANEO**

S. 12

Empowerment

**JUGENDSOZIALARBEIT
UND HOMOPHOBIE**

S. 18

Darkrooms

**RUNDER TISCH IM
RATHAUS SCHÖNEBERG**



Topstory

HASS 3.0

Was ist los mit Menschen, die in ‚Sozialen Medien‘ jegliches Maß und jeglichen Anstand verlieren? Ohne mit der Wimper zu zucken wird gemobbt, zu Schlägen, Selbstmord oder Mord aufgerufen oder Nazivergleiche und Verharmlosungen der Verbrechen der Nationalsozialisten gezogen – Straftatbestände, die eine Volksverhetzung erfüllen können. Betroffen davon sind oft auch LSBT*, die sich im Netz zu erkennen geben. Oft werden solche Taten verharmlost, selten zur Anzeige gebracht oder MANEO gemeldet. MANEO berichtet über Hass im Internet anhand von vier Fragen.

Womit haben wir es zu tun?

Unterscheiden kann man den Hass im Internet zwischen ‚Hate-Speech‘ (gewalttätige Sprache) und ‚Toxic-Speech‘ (vergiftete Sprache bzw. gefährliche Sprache)¹.

Toxic-Speech zeichnet sich dadurch aus, dass gezielt Desinformationen und manipulierte Informationen verbreitet werden. Oft erkennt man manipulierte Informationen daran, dass Menschen etwas berichten, das Bekannte von Bekannten oder Bekannte von Kolleg*innen gehört haben. Angeblich haarsträubende Geschichten, die natürlich unter den Teppich gekehrt werden sollen, vorzugsweise von – stets pauschalisierend formuliert! – ‚den Politikern‘. Weitere Merkmale von Toxic-Speech sind, dass Einzelerlebnisse verallgemeinert und insgesamt abwertende Verallgemeinerungen über Gruppen von Menschen formuliert werden. Auch wird behauptet, dass es sich bei ‚der Gesellschaft‘ um ein homogenes, nicht pluralistisches Gebilde handelt. Diese verallgemeinernde Vereinnahmung schadet einer demokratischen Debattenkultur und setzt soziale Regeln außer Kraft. Träger*innen unterschiedlicher Meinungen werden beschimpft, beleidigt und mundtot gemacht.

Demgegenüber steht Hate-Speech.

Sie zeichnet sich dadurch aus, dass auch sie abwertend ist, Angriffe, Beschimpfungen und Hass enthalten. Hier wird deutlich, dass der Übergang von Toxic-Speech fließend ist. Ganze Gruppen von Menschen werden beleidigt und verleumdet. Weiterhin zeichnet sich Hate-Speech dadurch aus, dass es direkte oder indirekte Aufrufe zu Gewalt, Selbstjustiz und/oder Handlungszwang gibt.² Es geht hier um gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dazu gehören auch Homophobie und Trans*Phobie.

Die Polizei Berlin macht darauf aufmerksam, dass Meinungsfreiheit da aufhört, „wo durch die Äußerungen Straftaten verursacht werden. Bedrohungen, Beleidigungen (u.a. auf sexueller Grundlage), konkrete Aufrufe zu Straftaten oder volksverhetzende Kommentare sind nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt.“

Wen trifft es?

Hass im Netz kann jeden treffen. Mitunter schleicht sich ein Gefühl ein, dass sich das Phänomen wie ein Virus verbreitet. Es könnte aber auch mit einem strukturellen Problem Sozialer Medien zusammenhängen.

YouTuber³ bzw. ‚Influencer‘⁴ werden scheinbar immer wieder von den ‚Hatern‘⁵ heimgesucht. Es ist sicher nicht immer leicht, sich als YouTuber oder Influencer Gehör zu verschaffen. Man muss eine Strategie suchen, die einen auf schnelle und effektive Weise bekannt macht. Manchmal ist dann das Mittel der Wahl schrill zu sein, um Aufmerksamkeit zu generieren. Das veranlasst Internetnutzer, die das sehen, Hasskommentare gegen sie zu verfassen.

Zum Beispiel ein YouTuber, der seine Homosexualität offen zeigt, sich auffällig stylt. Das gefällt nicht jedem, wie ein Blick in die Kommentarspalten bei YouTube verrät. Ein Kommentar, der dort seit vier Jahren steht, sprengt dann doch jegliches Maß: „Bin kein Nazi aber in den [sic] Fall ist vergasen wohl erlaubt xDD.“ Ein*e andere*r fragt: „wo ist putin [sic] wenn man ihn mal braucht.“ (Siehe Screenshot)



Abbildung 1: Reaktionen auf einen YouTuber bzw. "Influencer", der ein Video mit dem Titel "Mein erstes Mal...Tag Special Version" veröffentlichte. Gewaltverherrlichende und die Nazi-Verbrechen verharmlosende Kommentare, die seit teilweise vier Jahren dort stehen. <https://www.youtube.com/watch?v=5o9UJ6mWfIc> (11.12.18)

Hier sind eindeutige homophobe Übergriffe zu erkennen, die als Aufruf zur Gewalt verstanden werden können. YouTuber werden in der Regel von speziellen Agenturen gemanagt. MANEO hatte mehrere dieser Agenturen angeschrieben und gefragt, wie sie mit Hasskommentaren gegen ihre Klienten umgehen. Ohne Antwort! Es stellt sich die Frage, ob sie keine Strategie dagegen haben oder ob es zu ihrer Strategie dazu gehört, Hater zuzulassen.

Auch Politiker*innen sind immer wieder von Schmähungen betroffen. Volker Beck beklagte sich etwa 2017 in einem Interview mit dem Tagesspiegel, dass er nur noch die schlimmsten Drohungen anzeigt: „[H]eute komme ich kaum hinterher bei Morddrohungen oder Aussagen, die zumindest semantisch dem sehr nahe kommen.“⁶

Auch Aktivist*innen kann es treffen. 2018 traf es bspw. einen Blogger und Journalisten. Amed Sherwan ist bekannt als Schwuler und Atheist. Deswegen musste er schon aus seinem Herkunftsland Irak fliehen. Er wollte auf dem diesjährigen Berliner CSD für religiöse und sexuelle Toleranz werben. Deswegen dachte er sich eine Aktion aus, die das sichtbar machte.

Teil davon war ein T-Shirt, das er trug und auf dem „Allah ist gay“ stand. Das war für einige religiöse Eiferer zu viel. Er erhielt dafür Morddrohungen, die er auf seiner Facebook-Seite veröffentlichte, unter anderem diese: „Fals [sic] ich dich morgen in Berlin sehe kannst du auf deiner Veranstaltung deine Beerdigung plan [sic].“ Sherwan ließ sich davon nicht von der Teilnahme am Berliner CSD abhalten, stand jedoch zeitweilig unter Polizeischutz. Ob der*die Verfasser*in der Drohungen ermittelt wurde, ist nicht überliefert.

Es kann aber auch Menschen treffen, die sich einfach nur für ein angemessenes soziales Miteinander einsetzen. Eine LSBT*-Identität kann dann schnell zu einem Anknüpfungspunkt für Beleidigungen sein. Ein schwuler Mann hatte darauf hingewiesen, dass rassistische Bemerkungen Rassismen bleiben, auch wenn sie als Humor getarnt werden. Darauf folgte: „Ey du Tucke, wenn du mir [sic] schwarzen Humor nicht klarkommst, dann bleib in deiner Einhorn-Regenbogenwelt! Lass uns gefälligst unseren Spaß und geh deiner Wege! Dich meldet kein Habicht keiner [sic], nur weil du schwänze [sic] lutschst und dich in den Arsch ficken lässt(was nebenbei bemerkt schon sehr abartig ist).“ Weitere Kommentare auf Facebook folgten.

Wer macht denn so was?

Vielfach ist es nicht bekannt, wer Hass im Netz absondert und zu Gewalt aufruft. Doch hin und wieder gibt es Hinweise darauf. Die Politikerin Renate Künast hat sich einmal den „Spaß“ gemacht und hat ihre Trolle besucht. Beklemmend ist, dass es vornehmlich wohl situierte Menschen waren, die sich bspw. um die so genannte „Flüchtlingskrise“ sorgten. Wenn es stimmt, dass es sich, wie sie es erfahren hatte, hauptsächlich um ein Phänomen in der Mittelschicht handele, dann hätte Deutschland ein Problem.⁷

Vielfach brauchen Täter*innen Konsequenzen nicht zu fürchten, wie auch Renate Künast ernüchert in ihrer „Netiquette“ auf Facebook feststellt: „Sie brauchen die großen Worte nicht zu scheuen. Denn Sie wissen: Ich stelle zwar regelmäßige Strafanzeigen wegen Beleidigung und Volksverhetzung, die Ermittlungsbehörden verfolgen Ihre Taten aber nur vereinzelt und stellen die Verfahren rasch ein.“⁸

Politiker*innen sind nicht immer nur Opfer von Hass und Aufrufen zu Gewalt. Sie können auch zu Täter*innen werden. Wer erinnert sich nicht noch an Beatrix von Storch (AfD), die der Welt einst erläuterte, wie rutschig Computermäuse sein können.⁹ Ihr ist eine solche Maus zum Verhängnis geworden. Kaum war sie auf der Maus ausgerutscht, stand auch schon da, dass doch bitte auch auf Flüchtlingskinder an der Grenze geschossen werden sollte.¹⁰ Kay Nerstheimer, ein Berliner AfD-Politiker, der keiner Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus angehört, hatte seine Facebook-Follower wissen lassen, dass er Homosexuelle für eine „degenerierte Spezies“ halte. Über Schwule und Lesben schrieb er: „Gendefekt, degeneriert, egal wie man es dreht, es ist schlicht und ergreifend widernatürlich“¹¹ und dass es Sinn ergäbe, „dass sich Homosexuelle nicht vermehren können, so löscht die Natur Fehler im Programm.“ Dafür wurde er in Berlin zu 70 Tagessätzen á 100€ verurteilt.¹²

Auch wenn es in den meisten Fällen nicht bekannt ist, wer Hass im Internet verbreitet, fällt doch eines auf: Zeichensetzung und Rechtschreibung entsprechen nicht unbedingt dem Standard.

Was kann dagegen getan werden?

Obwohl Künast etwas ernüchert von der Arbeit der Polizei berichtete, weiß auch sie zu berichten, dass es für Täter*innen unangenehme Konsequenzen haben kann, Anzeige zu erstatten: „Trotzdem kann es unangenehm sein, wenn gegen Sie ermittelt wird. Erst kürzlich bekam ich diese E-Mail: (...) hallo frau kühnast [sic] wie ich heute erfuhr, haben Sie mich wegen Beleidigung in Ihrer facebookseite angezeigt. (...) und deshalb entschuldige ich mich auch in aller form (...) [der] Ermittlungsbehörde habe ich in meiner Stellungnahme mitgeteilt das [sic] ich den Tatbestand zugebe und ich mich bei Ihnen entschuldigen werde... das ist mir jetzt eine Mahnung zurückhaltender in den sozialen medien [sic] zu sein.eine Geldbuße werde ich wohl leisten müssen.“¹³

- Sämtliche Kommunikation dokumentieren (Screenshots mit Usernamen usw.), denn Kommentare können auch schnell gelöscht werden.
- Dazu gehören auch Screenshots von den Nutzerprofilen sowie ein Link, der zum Nutzerprofil führt.
- Auch die eigenen Kommentare sollten gesichert werden.
- Melden der User beim betreffenden Sozialen Netzwerk
- Anzeigen bei der Polizei (Onlinewachen).
- Wenn Unsicherheiten darüber bestehen, ob es sich tatsächlich um strafbare Einlassungen handelt, können die Beiträge an www.internet-beschwerdestelle.de oder www.hass-im-netz.info gesendet werden. Dort prüfen Jurist*innen und Kinderschützer*innen die Fälle.
- „Weil Meldungen manchmal dauern: Es schadet nicht, sich gegen den Post zu positionieren, aber bringen Sie sich nicht selbst in Gefahr.“
- MANEO weist darauf hin, dass es auch wichtig ist, auf die eigenen Reaktionen zu achten. Bei einer Entscheidung gegen persönliche Hasskommentare kommunikativ vorzugehen, sollte immer auch daran gedacht werden, dass die eigenen Kommentare bei späteren Ermittlungen von Strafverfolgungsbehörden hinzugezogen werden.
- Bei Bedrohungen im Netz sollten auch sofort die eigenen Privatsphäre-Einstellungen in den Sozialen Netzwerken überprüft werden, so Carsten Müller von der Polizei Berlin.
- In sehr konkreten Fällen von Bedrohung im Netz gibt es im Landeskriminalamt eine „Dienststelle für Individualgefährdung“, so Müller.
- Bei homophoben oder trans*phoben Kommentaren auch immer MANEO unter www.maneo.de/report oder telefonisch unter **030 216 33 36** (tgl. 17 bis 19 Uhr) benachrichtigen.

Hate-Speeches dürfen nicht als Ausrutscher entschuldigt werden. Man darf nicht davon ausgehen, dass die Täter*innen ja nicht einen persönlich hätten treffen wollen, denn „[f]ür durch Hate Speech Angegriffene (...) sind die Folgen fatal, ihnen wird ein Aktionsraum genommen, schlimmstenfalls drohen ernste Erkrankungen.“¹⁴ Außerdem sei es oft Sprache, die gegen ganze Menschengruppen gerichtet sei: „Hassrede wird politisch strategisch eingesetzt. Hetze gegen Gruppen von Menschen normalisiert Abwertung und Menschenfeindlichkeiten. Wir gewöhnen uns daran. Und das Handeln folgt, von der Ausgrenzung bis zur Gewalt.“¹⁵ Gerade Hate-Speech eignet sich dazu, schon längst sicher geglaubte gesellschaftliche Grenzen aufzuweichen. Unter dem Motto „Das wird man wohl noch sagen dürfen“ werden Einzelerfahrungen generalisiert und diskriminierende Äußerungen über ganze Menschengruppen diskriminiert, teilweise zu Gewalt gegen sie aufgerufen. Eine Resignation davor darf es nicht geben, denn das begünstigt tatsächlich ausgeübte Gewalt.

Ob eine Äußerung strafrechtlich relevant ist, sollte jeder, der davon betroffen ist, überprüfen lassen, beispielsweise bei MANEO oder den LSBT*-Ansprechpersonen der Polizei anrufen! Gegen strafrechtlich relevante Äußerungen kann mit Hilfe einer Anzeige vorgegangen werden.

Die Polizei Berlin gibt bei Auftreten von Bedrohungen Handlungsempfehlungen. Dabei ist es wichtig einzuschätzen, wie konkret diese Bedrohungen tatsächlich sind: „Abstrakte Hasskommentare tauchen täglich vielfach im Netz auf. Je konkreter und je persönlicher die Drohungen sind, desto ernster sollten sie genommen werden“, so Carsten Müller von der Polizei Berlin gegenüber MANEO. Dabei sollte jeder zunächst für sich entscheiden, ob Drohungen „kommunikativ entgegen“ getreten wird oder die Kommunikation komplett eingestellt werden sollte. Es empfiehlt sich, „zunächst sämtliche Kommunikation zu dokumentieren, da Kommentare u.U. auch schnell gelöscht sein können.“ Zur Dokumentation hilft ein Screenshot! Auch die eigenen Kommentare sind für die im Übrigen für die Ermittlungen der Polizei wichtig. In der Regel reicht es aus, wenn diese Daten bei einer Anzeige bei der Polizei übermittelt werden, jedoch „kann [es] im Einzelfall zu Sicherungsmaßnahmen auf Mobiltelefon oder PC des Betroffenen kommen“.

Seit 1990 erfasst und dokumentiert MANEO homophobe und vorurteilsmotivierte Gewalt- und Straftaten und Fälle von homophober Diskriminierung. Fälle sollen nicht nur gesammelt und statistisch ausgewertet werden, sondern es soll auch öffentlich sichtbar gemacht werden, dass Ausgrenzung, Diskriminierung, Straftaten und Gewalt gegen LSBT* noch immer zum Alltag gehören, auch in Berlin. Dazu zählen Hasskommentare und Aufrufe zu Gewalt im Internet wie die beschriebenen. Deswegen bitten wir alle, die solche Fälle beobachtet haben, auch MANEO zu informieren. Erreichen kann man uns **täglich von 17 bis 19 Uhr** telefonisch unter **030 216 33 36** oder 24 Stunden an sieben Tagen in der Woche unter www.maneo.de/report

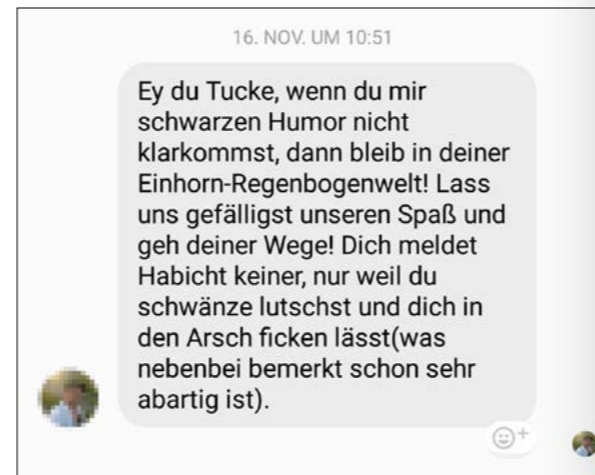


Abbildung 2: Reaktionen auf den Appell eines Users, weniger rassistische Kommentare zu posten. Screenshot

Quellen

- 1) Die Amadeu Antonio Stiftung ...
- 2) https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/publikationen/flyer_hatespeech.pdf (12.12.2018)
- 3) Person, die auf der Internetseite »YouTube« Videos veröffentlicht.
- 4) Menschen, die in sozialen Netzwerken über Marken berichten oder Produkte präsentieren. Durch ein hohes Ansehen und eine starke Präsenz haben sie einen großen Einfluss auf ihre Follower.
- 5) Personen, die Hass verbreiten
- 6) <https://www.tagesspiegel.de/berlin/queerspiegel/dirk-behrendt-und-volker-beck-im-interview-hetze-im-netz-muss-folgen-haben/19496548.html> (12.12.2018)
- 7) <http://www.spiegel.de/video/gruenen-politikerin-renate-kuenast-hass-postings-video-1715576.html> (12.12.2018)
- 8) https://www.facebook.com/renate.kuenast/?app_data=visitor_mode&sk=app_190322544333196 (12.12.2018)
- 9) <https://www.stern.de/politik/deutschland/afd--so-absurd-rechtfertigt-beatrix-von-storch-ihren-schiessbefehl-6686804.html> (12.12.2018)
- 10) <https://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/beatrice-von-storch-afd-vizechefin-will-polizei-sogar-auf-kinder-schiessen-lassen-14044186.html> (12.12.2018)
- 11) <https://www.berliner-zeitung.de/berlin/polizei/berliner-afd-politiker-verurteilt-nerstheimer-muss-7000-euro-strafe-zahlen-29697746> (12.12.2018)
- 12) ebd.
- 13) https://www.facebook.com/renate.kuenast/?app_data=visitor_mode&sk=app_190322544333196 (12.12.2018)
- 14) https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/publikationen/flyer_hatespeech.pdf (12.12.2018)
- 15) ebd.

STOPP HOMOPHOBIE



- ▶ OPFERHILFE / VICTIM SUPPORT
- ▶ MELDESTELLE / REPORTING POINT
- ▶ GEWALTPRÄVENTION / VIOLENCE PREVENTION
- ▶ ENGAGEMENT / EMPOWERMENT

Opferhilfe

MANEO- TEESTUBE

RÜCKBLICK AUF DIE
ZWEITE HÄLFTE DES
JAHRES

IM

it seiner ‚Teestube‘ hat MANEO ein Safe Space geschaffen, damit schwule und bisexuelle Geflüchtete sich an einem sicheren Ort treffen, gemeinsam Zeit verbringen, Themen und Anliegen besprechen, Unterstützung bei der Vernetzung mit in Berlin ansässigen LSBT*-Orten, -Projekten und Einrichtungen in Berlin finden – und sich in schwierigen Phasen auch gegenseitig stärken und motivieren können.

In diesem Sommer gab es neben dem regulären Programm ein buntes Zusatzangebot.

Reguläres Programm

Die MANEO-Teestube findet jeden Donnerstag zwischen 18h30 und 20h00 statt. Einmal im Quartal wird mit den Teilnehmenden zusammen eine Planung erarbeitet, mit der Zeit und Raum für Spiele-, Koch und Ausgeh-Abende geschaffen werden, genauso wie Themenabende, in denen Aufklärung und Prävention im Mittelpunkt stehen, beispielsweise ‚Queer History‘-Abende zu verschiedenen Themen, die sich die Teilnehmenden gewünscht haben. Kurz vor dem CSD Berlin war das die Geschichte des Christopher Street Days in Berlin, Deutschland und international. Dem CSD widmeten wir uns auch in unseren Filmabenden, mit denen gezeigt wurde, wie der Kampf für LSBT* Rechte in Deutschland und international weitergeht.

Aufklärung und Prävention

Im Rahmen der MANEO-Teestube beschäftigen wir uns auch mit Themen der Aufklärung und Prävention. So haben wir beispielsweise Gesprächsabende organisiert und uns mit Gefahren und Risiken beschäftigt, die beim Feiern in Clubs, auf Partys oder auch auf dem Lesbisch-Schwulen Stadtfest passieren können. Es ging um KO-Tropfen, Drogen und um One-Night-Stands.

Weil für viele Geflüchtete die Teilnahme an einem CSD eine völlig neue Erfahrung ist – für viele war das der erste CSD in ihrem Leben – haben wir uns als ‚leichten Einstieg‘ den Besuch des relativ kleinen CSD in Cottbus ausgesucht. Wir nutzten das Angebot des LSVD, mit einem gecharterten Bus nach Cottbus zu fahren. Zurück nach Berlin nahmen

wir dann jedoch gemeinsam den Zug, weil wir unseren Ausflug mit einem entspannten Picknick in einem Park abschließen wollten.

Zu unserem Programm gehört es auch, dass wir mit Teilnehmenden zusammen ausgehen und mit den gemeinsamen Besuchen von Cafés und Lokalen Hemmschwellen minimieren. So haben wir beispielsweise die viele Ausgehorte im Regenbogenkiez kennen gelernt. Besonders für ungeoutete oder diejenigen, die noch schüchtern sind, ist dies eine gute Möglichkeit, an Ängsten und Unsicherheiten zu arbeiten.

Vernetzung

Eine andere Säule der MANEO-Teestube ist die Vernetzung. So haben wir im letzten Jahr verschiedene Gäste eingeladen, mit denen wir diskutieren konnten. Beispielsweise haben wir einen Themenabend über Sportaktivitäten in Berlin durchgeführt und dazu einen Mitarbeiter von SSL Vorspiel e.V. eingeladen. Erklärt wurden die Angebote und wie sich Interessierte anmelden und auch Unterstützung finden können. An einem anderen Abend haben wir einen Mitarbeiter vom LSVD eingeladen, der das Mentoring-Programm vom LSVD vorgestellt hat. Er konnte Fragen der Teilnehmenden beantworten und informieren.

Zwischen den Teilnehmenden der Teestube bildet sich langsam eine Freundschaft, die auch außerhalb der MANEO-Teestube fortgesetzt wird. Teilnehmende trafen sich zu gemeinsamen weiteren Unternehmungen, Ausflügen und zum Grillen in einem Park.

Weitere Aktivitäten

Um die Angebote von MANEO bekannt zu machen, verteilen wir regelmäßig In-

formationsmaterial an Szeneorten. Dazu gehören auch Touren durch Bars, Cafés, Partys und Clubs, überall dorthin, wo wir Geflüchtete antreffen. Dazu gehören auch Informationsstände, um über unsere Angebote aufzuklären. In diesem Sommer haben uns einige der Teilnehmenden unserer Teestube bereits bei dieser Arbeit ehrenamtlich begleitet und unterstützt, beispielsweise zur TASTY!-Party ins SchwuZ. An dieser Stelle: vielen Dank Sergej!

Dann haben wir zu einem Treffen mit den LSBTI-Ansprechpersonen der Staatsanwaltschaft Berlin und Mitarbeitenden verschiedener Geflüchteten-Unterkünfte eingeladen. Ines Karl und Markus Oswald haben sich vorgestellt und Mitarbeitende der Geflüchteteinrichtungen konnten ihre Fragen stellen. Alle haben diesen persönlichen Kontakt und die direkten Begegnung als sehr hilfreich empfunden.

Programm bis zum Ende des Jahres

Bis zum Ende des Jahres folgte ein abwechslungsreiches Programm. Normalerweise findet einmal im Monat ein Kochabend statt, in dem Suppen und kleinere Eintöpfe zubereitet werden. Dafür bringen dann einzelne Teilnehmende eigene (Familien-)Rezepte mit. Da zur Zeit einer der Teilnehmenden gelernter Koch ist wurde noch mehr Interesse am Kochen geweckt. So konnten wir im November an drei Abenden einen Kochkurs für Interessierte organisieren, um Basiswissen über das Kochen und Tipps und Tricks zu vermitteln.

Anfang Dezember ging es dann thematisch um den Welt-AIDS-Tag. Und Mitte Dezember haben wir die Feiertage mit einer kleinen Weihnachtsfeier und einer gebratenen Gans abgeschlossen.



Opferhilfe

STAATSANWALTSCHAFT BERLIN GEGEN LSBT*-FEINDLICHE HASSKRIMINALITÄT

Seit 2012 verfügt die Staatsanwaltschaft Berlin als europaweit einzige Strafverfolgungsbehörde über eine Sonderzuständigkeit für die Verfolgung homophober und transphober Hasskriminalität. Die Einrichtung unterstreicht, dass das Land Berlin ernst macht mit der Verfolgung homophober und transphober Hasskriminalität in Berlin. Oberstaatsanwältin Ines Karl und Staatsanwalt Markus Oswald sind die Ansprechpersonen für LSBTIQ*. Ein Überblick.

Die Abteilung 284 der Staatsanwaltschaft Berlin ist zuständig für die Verfolgung von Straftaten, die sich gegen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität oder Orientierung richten, also insbesondere aufgrund von Homo-, Bi-, Trans- und Intersexualität, aber auch wegen jeder anderen queeren oder sonstigen nicht-heteronormativen Lebensweise.

Grundannahme der Arbeit ist, dass die in Berlin gelebte Vielfalt sexueller Identitäten und Orientierungen nicht nur ein Grund- und Menschenrecht ist, sondern ein elementares, das demokratische Gemeinschaftsleben bereicherndes Gut, das strafrechtlichen Schutzes bedarf. Ein Angriff gegen die sexuelle Identität oder Orientierung ist demgemäß immer auch ein Angriff gegen die Demokratie, weshalb ein besonderes öffentliches Interesse an der Strafverfolgung besteht.

Deshalb werden in der Abteilung 284 *sämtliche* Strafverfahren wegen Delikten geführt, denen eine homophobe oder transphobe Motivation des Täters zugrundeliegt, unabhängig davon, um welche Straftat es sich handelt. Alle Dezernentinnen und Dezernenten der Abteilung 284 sind für die besondere gesamtgesellschaftliche Bedeutung dieses Deliktsbereichs sensibilisiert.

Die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte der Abteilung 284 arbeiten eng mit dem zuständigen Fachkommissariat des Landeskriminalamts Berlin sowie mit den Ansprechpersonen bei der Polizei Berlin und bei der Bundespolizei zusammen.

Darüber hinaus engagieren sich die beiden Ansprechpersonen über die bloße Dezernatsarbeit hinaus, indem sie auf Fortbildungen und in Seminaren, auf Podiumsdiskussionen und Konferenzen sowie auf öffentlichen Veranstaltungen im In- und Ausland über ihre Arbeit berichten und für Gespräche zur Verfügung stehen.

Die Arbeit der Ansprechpersonen der Staatsanwaltschaft Berlin für LSBT hat bereits sichtbare Wirkung gezeigt. So haben

sich die Verfahrenszahlen von 97 im Jahr 2015 über 153 im Jahr 2016 auf zuletzt 244 bzw. 246 in den Jahren 2017 und 2018 signifikant gesteigert, was nicht zuletzt auf eine auch durch die Arbeit der Staatsanwaltschaft Berlin verbesserte Anzeigebereitschaft zurückzuführen ist.

Ansprechbar für Betroffenen von Straftaten

Wenn jemand Opfer einer homophob oder transphob motivierten Straftat geworden ist – ganz gleich, ob es sich dabei „nur“ um eine Beleidigung oder um ein schwereres Delikt wie eine Bedrohung, eine Nötigung oder eine Körperverletzung handelt –, kann er sich entweder an den zuständigen Polizeiabschnitt wenden oder die Strafanzeige direkt bei den Ansprechpersonen der Staatsanwaltschaft Berlin erstatten. Die kriminalpolizeiliche Sachbearbeitung erfolgt sodann in jedem Fall beim Fachkommissariat 531 des Landeskriminalamts.

Dort werden zunächst alle notwendigen Ermittlungen durchgeführt, wozu insbesondere die Vernehmung des Opfers sowie weiterer Zeugen gehört. Gegebenenfalls kommt es zur Inaugenscheinnahme von Überwachungsaufzeichnungen, einer Öffentlichkeitsfahndung, Wahllichtbildvorlagen, Durchsuchungen oder anderen Ermittlungsmaßnahmen.

Abschließend wird dem Beschuldigten rechtliches Gehör gewährt und gegebenenfalls eine sogenannte Gefährderansprache mit ihm durchgeführt.

Nach Abschluss der Ermittlungen entscheiden die Dezernentinnen und Dezernenten der Abteilung 284 der Staatsanwaltschaft Berlin, ob die Beweise für eine Anklageerhebung reichen oder das Verfahren einzustellen ist. In jedem Fall wird das Opfer über den Verfahrensausgang informiert.

Wird Anklage erhoben oder ein Antrag auf Erlass eines Strafbefehls gestellt, liegt die Entscheidung über den weiteren Fortgang des Verfahrens beim dann zuständigen Gericht. Die Staatsanwaltschaft Berlin wirkt aber auch in diesem Verfahrensstadium weiterhin auf eine sachgerechte Entscheidung hin, in der insbesondere die homophobe oder transphobe Motivation des Angeklagten erschwerend berücksichtigt wird.

Die Ansprechpersonen stehen persönlich (Kirchstraße 7, 10557 Berlin), über **Telefon (9014-5738 und 9014-5889)** und per **E-Mail (lsbt@sta.berlin.de)** für Rückfragen zur Verfügung.

Gewaltprävention

JUGENDSOZIALARBEIT UND HOMOPHOBIE STRESS SUCHEN UND NICHT VERMEIDEN

Viele Sozialarbeitende in der Jugendsozialarbeit setzen sich nicht mit den homophoben Einstellungen ihrer Schützlinge auseinander; Diskussionen bleiben aus, wenn homophobe Äußerungen gemacht werden. Das hilft weder den

Kindern und Jugendlichen noch einer Gesellschaft, die auf ein solidarisches Miteinander angewiesen ist. Werte wie die Gleichberechtigung der Geschlechter und unterschiedlicher Lebensweisen werden so sicher nicht vermittelt. Die Praxis eignet sich dazu, das Verharren von Kindern und Jugendlichen in bestimmten sozialen Umfeldern zu vererdgültigen. Eine Streitschrift am Beispiel Neukölln.

Kultur und Rassismus

Ein falsch verstandener und segregierender Kulturbegriff funktioniert wie Rassismus und ersetzt diesen: „Das vornehme Wort Kultur tritt anstelle des verpönten Ausdrucks Rasse, bleibt aber ein bloßes Deckbild für den brutalen Herrschaftsanspruch“¹, schrieb Adorno.

In den Kontext dieses falschverstandenen Kulturbegriffs gehört auch der Heterosexismus. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, also auch Homophobie, kann deshalb ebenso wenig als Bestandteil einer Kultur oder Ethnizität hingenommen werden. Auch in der sogenannten deutschen Mehrheitskultur sind homophobe Einstellungen nach wie vor weit verbreitet: 40% der Deutschen finden es „ekelhaft“, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.²

Wie kann das sein, wenn doch laut Politik und Verwaltungen seit vielen Jahren gegen Homophobie gearbeitet wird? Warum werden so viele junge Menschen nicht erreicht?

¹ Adorno 1955/1975 zit. nach Scherr 2018, S. 276. In H.-U. Otto, H. Thiersch, R. Treptow, & H. Ziegler (Hrsg.), Handbuch Soziale Arbeit: Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik (6. überarbeitete Auflage). München: Ernst Reinhardt Verlag.

² Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler (Hrsg.), Gießen 2016. https://www.boell.de/sites/default/files/buch_mitte_studie_uni_leipzig_2016.pdf (12.12.18)

Damit verbinden sich Fragen: Warum wird Homophobie auf der einen Seite bekämpft und bei anderen hingenommen? Warum wird Jugendlichen die Chance genommen, sich mit homophoben Einstellungen und Wissen über Sexualität auseinanderzusetzen?

Neukölln gegen Homophobie - Bisher keine Erfolgsgeschichte
MANEO - DAS SCHWULE ANTI-GEWALT-PROJEKT IN BERLIN hat mit zwei Jugendsozialarbeitenden in Berlin-Neukölln gesprochen. Wir wollten wissen, warum signifikante Fortschritte bei der Überwindung homophober Einstellungen in der Arbeit mit Jugendlichen ausbleiben. Die Gespräche zeigten, dass ein Umdenken auch auf Seiten von Personen erfolgen muss, die mit Jugendlichen arbeiten.

Zunächst ist zu vermelden, dass im Bezirk Neukölln etwa 60 Projekte für Jugendliche Freizeitangebote entwickeln. Im Ergebnis ist das nicht viel. Seit Beginn 2018 lädt das Jugendamt in Neukölln regelmäßig zu Fachrunden ein, in denen Strategien entwickelt werden sollen, homophobe Einstellungen bei Kindern und Jugendlichen zu bekämpfen; denn der öffentliche Druck ist groß, wie ein Blick in die Polizeireports schnell verrät. MANEO begrüßt diese Initiative des Jugendamtes ausdrücklich und nimmt deshalb regelmäßig an den Runden teil. Bisher hat sich diese Gesprächsrunde drei Mal getroffen.

Leider nehmen von den 60 Jugendprojekten in Neukölln nur wenige an diesen Gesprächen teil. Eine Sozialarbeitende beklagte offen, dass sie immer nur dieselben Vertreter*innen von denselben zehn Projekten in den Runden sehe. Das sei nicht hinnehmbar, weil die Ignoranz gegenüber Homophobie das Zusammenleben gefährde. Es gäbe fast jeden Tag neue homophobe Vorfälle zu beklagen.

Das hat nicht nur damit zu tun, dass das SchwuZ im Rollbergkiez zu Hause ist, sondern dass seit mehreren Jahren vermehrt LSBT* aus allen Ländern in den Bezirk ziehen. Einige unter ihnen haben eine Fluchtgeschichte, d.h. sie mussten aufgrund ihrer sexuellen Identität fliehen. Einige meinen, dass sie hier nun sicher wären und problemlos sichtbar sein könnten. Für sie erweist sich das schnell als Irrtum.

Warum entziehen sich so viele der Auseinandersetzung mit dem Thema und sprechen darüber nicht mit den Jugendlichen?
Daraufhin berichten die beiden Jugendsozialarbeitenden aus Neukölln, dass Mitarbeitende der Jugendeinrichtungen pädagogische Seminare, die zum Thema sexuelle Vielfalt angeboten

werden, nur spärlich besuchten. Wenn überhaupt, dann kämen nur die jüngsten Sozialarbeitenden. Sie schildern, dass unter vielen ihrer Kolleg*innen die Auffassung herrsche, dass Fortschritte hinsichtlich homophober Einstellungen bei Kindern und Jugendlichen eh Jahrzehnte dauern würden. Sie überließen das Thema dann lieber nächsten Generationen und anderen. Eine Sozialarbeitende wurde sehr deutlich: „Wenn man als Sozialarbeitender faul ist und von allen nur geliebt werden will, spricht man diese Thematik eher nicht an.“

Es wird klar, dass sich einige Jugendsozialarbeitende aus dem Thema herausziehen, und dass viele konfliktscheu und mutlos sind und lieber ihre Ruhe haben wollen. MANEO kritisiert, dass sich ein großer Teil der Sozialarbeitenden weigert, sich mit dem Thema aktiv auseinanderzusetzen.

Eine weitere Problematik sei das tradierte Männerbild, berichten die beiden Jugendsozialarbeitenden. Hier stimmten Anspruch und Wirklichkeit nicht miteinander überein. Mann soll alles jederzeit im Griff haben, die Familie alleine schützen und ernähren können usw. Weil diese Erwartungshaltung weit von der Realität entfernt liege und diese Rolle gar nicht umgesetzt werden könne, führe das zum Verlust des mühsam entwickelten Selbstbildes und Selbstwertes. Die kleinen Jungs merkten sehr schnell, dass sie dem Anspruch ihrer Familien nicht gerecht würden und fühlten sich deshalb erbärmlich. Viele von ihnen erreichen wenig im Leben und verstünden nicht warum.

Die Jugendsozialarbeitenden meinten außerdem, dass es auch zu wenige gute Pädagog*innen gäbe. Viele seien aufgrund ihrer Herkunft mit den Milieus nicht vertraut. Die also den „Slang“ der Jugendlichen gar nicht beherrschten und gleich beleidigt seien, wenn sie die Jugendlichen nicht verstünden würden.

Was ist notwendig?

Toleranz verlangt Aufklärung, d.h. Toleranz gegenüber anderen sexuellen Lebensweisen. Das lässt sich sicher nicht ohne die Vermittlung von Wissen über Sexualität vermitteln. Viele Jugendliche bezögen ihr Wissen über Sexualität aus Internetpornographie, so eine Sozialarbeitende. Es müsse also sehr viel mehr über Sexualität geredet werden, auch im Zusammenhang mit anderen sexuellen Lebensweisen.

Für MANEO geht es im Kampf gegen Homophobie nicht vordergründig um Sexualität. Es geht um Identität und um die menschliche Diversität. Für einen respektvollen Umgang braucht es kein Detailwissen über Sexualpraktiken. Es ist erforderlich,

über Vorurteile und Ängste gegenüber dem „Fremden“ zu diskutieren und darüber gesellschaftliche Vielfalt zu vermitteln.

Da passt es auch, dass eine unserer Partner*innen meinte, dass viele gar nicht verstünden, woher ihre Vorurteile kämen. Es sei ihnen nicht möglich, homophobe Einstellungen zu begründen. Jugendliche übernahmen überlieferte Vorstellungen, ohne zu hinterfragen.

Damit wird deutlich, dass auch mit Eltern gearbeitet werden sollte. In einigen Fällen kämen sie erzürnt in Projekte, die sich zum Thema sexuelle Vielfalt engagierten, und fragten: „Sollen unsere Jungs jetzt schwul werden?“, berichten beide übereinstimmend. Ein Beispiel, das genannt wurde, war das eines Tanzlehrers, der ein Angebot für Jugendliche im Bezirk entwickelt hatte. Das sei einigen Eltern schon zu „sexuell“ gewesen. Statt sich aber mit den Eltern auseinanderzusetzen sei das Angebot einfach gestrichen worden.

Daraus ziehen sie den Schluss, dass das Thema in die alltägliche Arbeit und in die Auseinandersetzung um Vorurteile mit den Jugendlichen eingebaut werden müsse, ohne gesondert ausgewiesene Veranstaltungen zum Thema Sexualität anzubieten.

Vor allem die Mitarbeitenden der vielen Jugendprojekten seien dazu dringend auf pädagogische Seminare angewiesen.

Auch Verhalten und Einstellungen gegenüber Mädchen gehörten zur Problematik. Es müsse vor allem den Jungs ständig klargemacht werden, was geht und was nicht geht, so ein*e Kolleg*in.

Und, die Arbeit mit Jugendlichen müsse niedrigschwellig sein. Viele Klient*innen seien nicht in der Lage sich länger zu konzentrieren oder sich länger hinzusetzen. Eine Sozialarbeitende stellte fest, dass gerade bei den „Straßenkindern“ die Bildung auf einem schlimmen Niveau stehe. Da helfen Schulungen oder Aufklärungsbroschüren wenig. Überdies seien Personen gefragt, die sich mit den Jugendlichen auseinandersetzen, nicht konfliktscheu sind, sich mit ihnen streiten – Tacheles reden, ohne sie jedoch fertig zu machen.

Früher hätte es doch noch Projekte gegeben, bei denen Schwule und Lesben in Schulen gegangen seien. Was sei daraus eigentlich geworden?

Anspruch und Wirklichkeit in der Sozialen Arbeit



Die internationale Definition Sozialer Arbeit lässt kaum Interpretationsspielraum, darüber auf welcher Grundlage sie steht und was sie zu leisten hat: „[D]ie gemeinsame Verantwortung und die Achtung der Vielfalt (...) bilden die Grundlage der Sozialen Arbeit. (...) Soziale Arbeit befähigt und ermutigt Menschen so, dass sie die Herausforderungen des Lebens bewältigen und das Wohlergehen verbessern“.³ Wenn wir in einer Gesellschaft leben wollen, die die Gleichwer-

tigkeit und das Nebeneinander verschiedener Lebensweisen zu einem hohen Wert und Ziel erklärt, dann können wir nicht einfach bei einem Teil der Gesellschaft aufhören, diese Werte umzusetzen. Hilfe würde unterlassen.

Auch wenn es schwierig ist, haben alle Kinder und Jugendlichen das Recht, in einer Pluralität bejahenden Gesellschaft anzukommen. Die Einlassung, dass homophobe Einstellungen einfach mit Kultur oder gar Ethnizität zusammen hängen, kann nicht hingenommen werden. Es gehört zur Arbeit mit Kindern und Jugendlichen dazu, Werte gesellschaftlicher Toleranz und Vielfalt zu vermitteln.

³ <https://www.dbsh.de/profession/definition-der-sozialen-arbeit/deutsche-fassung.html> (11.12.2018)

Empowerment

MANEO-AKTION „GROSSPUTZ IM TIERGARTEN 2018“

AUSKLANG DER OPEN AIR SAISON SCHÖNER CRUISEN

Bis weit über die Stadtgrenzen hinaus ist der Tiergarten, insbesondere der Teil westlich der Siegessäule, bei homo- und bisexuellen Männern auch als Cruising-Gebiet bekannt. MANEO hat in diesem Jahr zum zweiten Mal dazu eingeladen, gemeinsam ein Zeichen für mehr Umsicht und Verantwortung zu setzen. „Mit diesem symbolischen Akt wollen wir ein Zeichen zu mehr Achtsamkeit setzen. Rücksichtsvolles Cruising ist letztlich auch ein Beitrag für ein gutes Zusammenleben in der unserer Stadt“, erklärt MANEO-Leiter Bastian Finke. Mit der Großputzaktion appelliert MANEO an alle Parkbesucher, eben auch an Cruiser, ihren Müll stets selbst zu entsorgen und nicht in die Büsche zu werfen.



Fotos: 03.11.2018 – Großputz im Tiergarten:



Der Tiergarten ist am Tag und auch am Abend ein beliebter Ort, um spazieren oder flanieren zu gehen, um abseits Ruhe zu finden oder auf einer Parkbank Kontakt zu finden. Im Tiergarten begegnen sich die unterschiedlichsten Menschen. Dazu gehören auch Cruiser, die noch etwas Spaß suchen.

Das Resultat eines kurzen oder längeren Aufenthaltes im Tiergarten sind nicht nur schöne Erinnerungen, sondern manchmal leider auch zertrampelte Grünanlagen und achtlos weggeworfene Hinterlassenschaften, leider auch von Cruisern.

Hinterlassener Müll trübt regelmäßig das Vergnügen von Parkbesuchern und Cruisern, die am nächsten Tag durch das Grün des Parks wandeln und ihr Vergnügen suchen. Und vor allem: Für das zuständige Straßen- und Grünflächenamt sind Verunreinigungen und Müll nur schwer in den Griff zu bekommen. Die Zustände geben regelmäßig – auch seitens vieler Cruiser – Anlass zu Beschwerden.

Vielfalt an Müll

Zum Ausklang der Outdoor-Saison rief MANEO-DAS SCHWULE ANTI-GEWALT-PRO-

JEKT IN BERLIN deshalb zum Großputz auf: Am Samstag, den 03. November 2018 veranstaltete MANEO die Aktion „Schöner Cruisen – Großputz im Tiergarten 2018“. Gemeinsam trafen sich Mitarbeiter von MANEO und weitere Helfer*innen mit Rocco Röske, zuständig für Prävention und Öffentlichkeitsarbeit und LSBT*-Multiplikator des Polizeiabschnitts 34, und Anne Griesbach, LSB-TI-Ansprechperson der Polizei. Rocco Röske hatte dafür gesorgt, dass alle Freiwilligen mit Handschuhen, Müllsäcken und Greifzangen ausgestattet wurden.

Während der Aufräumaktion konnten sich die Helfer*innen davon überzeugen, dass die gesundheitliche Aufklärungsarbeit Früchte trägt und offensichtlich viele Cruiser die empfohlenen Kondome benutzen. Leider finden sich zahllose Verpackungen und Taschentücher auf dem Boden wieder, anstatt sie in einem der Mülleimer zu entsorgen. Für Parkbesucher ist das kein schöner Anblick, vor allem ist der viele Plastikmüll ungesund für die Umwelt.

Jeder, der sich davon überzeugen will, kann tagsüber einmal durch die Areale zu Fuß gehen und sich selbst von der Hinterlassenschaften überzeugen.

Aber nicht nur dieser Müll wurde zurückgelassen. Eingesammelt wurde auch Müll, der von vielen anderen Parkbesuchern zurück gelassen wurde. Dazu zählten Zigarettenschachteln, Essensverpackungen, Glasflaschen, auch Brillen, Kleidungsstücke, wie beispielsweise Socken, T-Shirt, Jogginghosen, Schuhe, Decken usw. möglicherweise von Personen, die in der Gegend genächtigt hatten.

Ein Zeichen an Alle!

Der Tiergarten geht alle an, die den Park für sich nutzen. Er ist für die Stadt ein wichtiger Erholungsort. Deshalb geht es auch um Rücksichtnahme, was den Müll und gestaltete Grünflächen anbetrifft. Damit alle – auch Cruiser – die Orte weiterhin nutzen können, müssen alle Verantwortung mit übernehmen. Deshalb: Müll gehört in die Mülleimer!

NACH EINSÄTZEN VON POLIZEI UND BEZIRKSAMT AN SCHWULEN SZENEORTEN IN SCHÖNEBERG RUNDER TISCH UNTERSTÜTZT KOMMUNIKATION



Nach den vergangenen Kontrollen durch Polizei und Bezirksamt in Szene-Lokalen mit Darkrooms, die u.a. zur Schließung der Darkrooms von Toms Bar und Scheune sowie zur Schließung der Vereinsräume von Quälgeist e.V. geführt hatten, lud MANEO am 10.01.2019 zu einem Runden Tisch ins Rathaus Schöneberg ein. Schirmherr war Bezirksstadtrat Jörn Oltmann.

Eingeladen waren die von den Begehungen und Einsätzen betroffenen Lokale und Vereine sowie das zuständige Bauamt und Vertreter der Polizei des Polizeiabschnitts 41. An dem Gespräch nahmen der Bezirksstadtrat von Tempelhof-Schöneberg Jörn Oltmann (Bündnis 90/Die Grünen) und Vertreter seines Bauamtes, der Leiter des Führungsdienstes des Polizeiabschnitts 41 Dominik Freund, die LSBT*-Ansprechpersonen der Polizei Berlin, Sebastian Walter (MdB, Bündnis 90/Die Grünen) und Vertreter der BVV, sowie Vertreter der Vereine Quälgeist e.V. und Böse Buben e.V. sowie Betreiber und Vertreter der Lokale Tom's Bar, Mutschmanns, Bull, Woof und Scheune.

Unterschiedliche Darstellungen

Das Gespräch war auch deshalb von MANEO einberufen worden, weil es um die Kontrollen und Konsequenzen für die Lokale zu unterschiedlichen Aussagen und Bewertungen gekommen war. Für Irritationen hatte u.a. ein Bericht des rbb24 vom 04.12.18¹ gesorgt, mit dem sich Bezirksamt und Polizei für die Veranlassung der Einsätze gegenseitig verantwortlich machten. Auch die Art und Weise, wie die Kontrollen durchgeführt wurden, d.h. stets mit einem großen Aufgebot von Polizei und zuständigen Mitarbeitern des Bezirksamtes, hatten Befürchtung laut werden lassen, Polizei und Bezirksamt hätten es auf die Szeneorte abgesehen.

In seinem Einleitungsstatement schlug MANEO-Leiter Bastian Finke einen Bogen zum Brand in der Apollo-Sauna, der im Februar 2017 zum tragischen Tod von drei Menschen geführt hatte. Presseberichten zufolge waren durch nicht-genehmigte Baumaßnahmen Sicherheits- und Brandschutzauflagen nicht eingehalten worden. Unbestritten sind – auch unter den Betreibern und Veranstaltern – nicht nur Bestimmungen, die die Sicherheit von Gästen in den Räumen der Lokale, Clubs usw. gewährleisten sollen, sondern auch die Kontrollen über deren Einhaltung. Problematisch werden die Kontrollen dann, wenn Betroffenen zur Einschätzung gelangen, dass diese unangemessen durchgeführt wurden.

Die Kontrollen werden von der Polizei veranlasst und vorbereitet

Schnell wurde im Gespräch klar, dass die Kontrollen von der Polizei veranlasst und vorbereitet werden, dass dazu auch gewonnene polizeiliche Erkenntnisse über die Szeneorte dafür herangezogen werden. Herr Freund wollte nicht im

Foto: 10.01.2018 – Runder Tisch im Rathaus Schöneberg auf Einladung von MANEO. Nach den Kontrollen von Polizei und zuständigen Ämtern des Bezirksamtes wurde an einer Verbesserung der Kommunikation zwischen Behörden und betroffenen Gaststätten und Vereinen gearbeitet.

¹) „Umstrittene Kontrollen in schwulen Clubs - ‚Unsere Gäste hatten nicht mal Zeit, sich anzuziehen‘. Von rbb 24, 04.12.18, 20:22 Uhr. <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2018/12/kontrollen-polizei-queer-schwule-clubs-berlin-schoeneberg.html>

Räume stehen lassen, dass die Maßnahmen von der Polizei nicht mit Sensibilität und Augenmaß vorbereitet und durchgeführt wurden. Herr Oltmann wies darauf hin, dass Mitarbeiter der zuständigen Behörden an den Kontrollen teilnehmen, um beispielsweise Jugendschutz, Brandschutz, Bauauflagen, Gewerbe und Zoll zu überprüfen. Von den etwa 140 Lokalkontrollen, die im letzten Jahr im Bezirk durchgeführt werden sollten, waren nur 7 Lokale bzw. Szeneorte betroffen. Auf die Frage, warum die Kontrollen von Szeneorte nur Szenelokale in Schöneberg betreffen, nicht jedoch auch Orte in anderen Bezirken, wurde damit begründet, dass Schöneberg nun einmal die meisten Szeneorte hätte. Dass die Kontrollen während des laufenden Betriebes durchgeführt werden müssen – im konkreten Fall abends bzw. in der Nacht – wurde damit begründet, dass die Mitarbeiter der Behörden den funktionierenden Ablauf für Bewertungen erkennen müssen.

Agieren nicht immer nachvollziehbar

Die anwesenden Betreiber der Szeneorte berichteten über ihre bisherigen Erfahrungen mit den Kontrollen und verwiesen dabei auf für sie teils nicht ganz nachvollziehbares Agieren, u.a. warum man in ihren Lokalen von einer so hohen Gefährdung der Mitarbeiter des Bezirksamtes ausgehe, die entsprechend von Polizeibeamte geschützt werden müssten oder warum nachts Räume vermessen werden müssten, um deren Größe festzustellen. Von allen Betreibern wurden die Auswirkungen der Kontrollen – insbesondere die teils massiv-wahrgenommene Polizeipräsenz – auf Gäste, insbesondere auf Touristen, betont, die sich eingeschüchtert fühlten. Andererseits haben sich die Beamten überwiegend korrekt verhalten. Diese Hinweise nahmen die Vertreter von Bezirkssamt und Polizei aufmerksam zur Kenntnis.

Darkroom in Tom's Bar ist wieder offen, in der Scheune soll im Frühjahr geöffnet werden

Erfreulich ist, dass nach erfolgten Umbaumaßnahmen und Genehmigungen der Darkroom von Tom's Bar vor kurzem wiedereröffnet werden konnte, die Wiedereröffnung des Darkrooms von der Scheune wird im Frühjahr erwartet. Bemerkenswert dabei ist, dass im Zuge des Genehmigungsverfahrens die Nutzung eines „Darkrooms“ vom zuständigen Amt erst einmal nicht nachvollziehbar war, dass jedoch im Klärungsprozess eine nunmehr rechtliche Grundlage für die Genehmigung eines solchen Ortes geschaffen werden konnte. Bisherige Gespräche, die unter Vermittlung von MANEO zwischen den Betreibern der Lokale mit Darkrooms und Bezirksamt 2017 und 2018 zustande gekommen waren, hatten dazu beigetragen.

Wie es mit den Vereinräumen von Quälgeist e.V., Böse Buben e.V. und Ajpnia e.V. weiter gehen wird ist noch offen. Bösen Buben e.V. habe eine Erlaubnis für zwei Jahre erhalten, Quälgeist e.V. bemüht sich um eine Konzession. Um den Auflagen zu genügen sind in der Regel kostspielige Umbaumaßnahmen und Gutachten erforderlich. Über diese Rücklagen verfügen die Vereine nicht.

Probleme im direkten Gespräch klären

Bezirksstadtrat Oltmann wies darauf hin, dass er für Gespräche immer offen sei und verwies auf seine bisher geführten Gespräche mit Betreibern von Lokalen und Vereinen. Dieser Weg sei immer besser, als die Kommunikation über die Presse zu suchen. Auch Herr Freund erklärte, dass er für Anfragen erreichbar ist und auch weiter für Gespräche zur Verfügung stehe. Bastian Finke unterstrich, dass Polizei und Bezirksamt nicht erst darauf warten sollten, dass Probleme anbrennen, sondern bereits im Vorfeld das Gespräch auch von sich aus suchen können. Die Darkrooms waren immer bekannt und nie versteckt worden.

Spätestens Anfang 2020 soll die Gesprächsrunde wiederholt werden, um zu prüfen, was in der Zwischenzeit an offenen Fragen im direkten Gespräch geklärt werden konnte.

Wenn Kontrollen problematisch werden

Problematisch werden die Kontrollen dann, wenn sie von den Behörden undifferenziert und mit ihren Kontrollen in Schischabars, Rockerkneipen oder in der Organisierten Kriminalität gleichgesetzt werden, wenn die Ängste und Sorgen, die mit diesen Kontrollen einhergehen, von den Behörden nicht verstanden werden. Szeneorte, so auch die im Regenbogenkiez, haben noch immer eine besondere Bedeutung in unserer Gesellschaft. Die Orte waren einst durch die Nazis im Dritten Reich zerstört worden, homosexuelle Handlungen unter Männern waren durch den Strafparagrafen 175 auch noch in der neuen Bundesrepublik verfolgt worden. Durch ein hohes Maß an Eigeninitiative, Engagement und Mut – gegen gesellschaftliche Vorurteile und auch homophobe Vorurteile in den Behörden – haben sich Lokale in Schöneberg wieder etabliert. Und noch immer stehen viele LSBT* unter enormem Druck, weil beispielsweise ihre soziale Umwelt Homo- und Trans*sexualität nicht akzeptiert, weil sie bedrohliche Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen erleben mussten, weil sie aus einem Land geflüchtet sind, in dem Homo- und Trans*sexualität unter Strafe stehen. Deshalb handelt es sich bei Szene-Bars und -Lokalen immer auch um Rückzugsräume, wo LSBT* in ihrer Identität sein dürfen wie sie sind.



MANEO – DAS SCHWULE ANTI-GEWALT PROJEKT IN BERLIN
wurde 1990 gegründet und ist in vier Arbeitsfeldern tätig:
MANEO – THE GAY ANTI-VIOLENCE PROJECT IN BERLIN
was founded in 1990 and is active in four key areas:

► OPFERHILFE / VICTIM SUPPORT

Schwule und männliche Bisexuelle, die von Diskriminierung und Straftaten betroffen sind, werden beraten und unterstützt; täglich von 17-19 Uhr Erstberatung. MANEO kooperiert mit weiteren Opferhilfeeinrichtungen.

Advice, counselling and support is available to gay and bisexual men who have become victims of discrimination or violent crime. Initial counselling is offered daily from 5-7pm. MANEO also works in co-operation with other victim support centres.

► MELDESTELLE / REPORTING POINT

Insbesondere vorurteilsmotivierte, homophobe Gewalttaten werden in Berlin erfasst, Ergebnisse werden in einem Jahresbericht veröffentlicht.

Recording acts of violence: In particular, we record acts of prejudice-motivated homophobic violence that take place in Berlin. Results are published in an annual report.

► GEWALTPRÄVENTION / VIOLENCE PREVENTION

Die Öffentlichkeit wird über Homophobie und Hassgewalt informiert, Szenen auf Gefahren hingewiesen, Akteure vernetzt. MANEO fördert den Dialog mit den Strafverfolgungsbehörden in Berlin.

Information about homophobia and hate violence is made publicly available, LGBT* scenes are informed of current risks and dangers and stakeholders are brought together in networks. We also encourage dialogue with criminal prosecution bodies in Berlin.

► EMPOWERMENT

Selbstbewusstsein und Selbstbehauptung werden gestärkt, bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Mitarbeit mobilisiert.

Empowerment: We strengthen self-confidence and self-assertion and Empowerment mobilise civic engagement on a voluntary basis.

MANEO - DAS SCHWULE ANTI-GEWALT-PROJEKT IN BERLIN | EIN EIGENSTÄNDIGES PROJEKT VON MANN-O-METER E.V.
Bülowsstraße 106, 10783 Berlin | www.maneo.de | 030-2163336 | maneo@maneo.de
Spendenkonto: Mann-O-Meter e.V. | IBAN: DE96 1002 0500 0003 1260 00 | BIC: BFSWDE33BER | Zweck: Opferhilfe,
Spenden sind steuerabzugsfähig. Für die Erstellung einer Spendenbescheinigung bitten wir um eine Benachrichtigung.

Mitglieder des BERLINER TOLERANZBÜNDNISSES (BTB) stellen sich vor

LUDWIG DIE KIEZBAR IN NEUKÖLLN

Ludwig, Kiez-Kneipe seit 1909, ist eine entspannte, offene und queere Bar, in der die unterschiedlichsten Wesen und Dinge aufeinander treffen, sich begegnen, austauschen und kennenlernen können – mit einem vielgestaltigen Programm aus Performances und Dragshows, Livemusik und Impro-Abende, Filmscreenings und Video-Art, Lesungen & Buchpräsentationen, Talkshows und Diskussionsveranstaltungen, Kunst happenings und mit wechselnden Ausstellungen zeitgenössischer Kunst.

Die Bar Ludwig in Neukölln ist Mitglied im Berliner Toleranzbündnis.



Foto: Andreas Pretzel

Der MANEO-Fachbeirat stellt sich vor

ANDREAS PRETZEL

Seit 2005 hat MANEO einen ehrenamtlichen Fachbeirat. Diesem gehören derzeit 20 Frauen und Männer an, Lesben, Schwule und Heterosexuelle, u.a. Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin a.D., Lala Süßkind, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin a.D., Seyran Ate, Rechtsanwältin und Frauenrechtlerin, Bruno Gmünder, Unternehmer, André Schmitz, Kulturstatssekretär des Landes Berlin a.D. und Werner Gegenbauer, Präsident von Hertha BSC Berlin. In unseren Kurzinterviews stellen sie sich vor und erklären, warum sie sich für MANEO engagieren.

Als Kulturwissenschaftler und Historiker forscht und publiziert er zur Geschichte der Homosexuellenbewegung, zur Kultur der Berliner Homosexuellenszene, zu Homosexuellenpolitik, Verfolgung und Selbstbehauptung. Im Vorstand der Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft engagiert er sich, um die Erinnerung an die weltweit erste Homosexuellenbewegung, die mit dem Institut von Magnus Hirschfeld in Berlin ihr Zentrum hatte, zu bewahren.

„Der Regenbogenkiez in Schöneberg war und ist ein einzigartiger queerer Hotspot Berlins mit internationaler Anziehungskraft. Hier gibt es in Geschichte und Gegenwart so vielfältige Geschichten seiner Besucher- und Einwohner_innen aufzuspüren. Weil Maneo diese spannende Entdeckungstour eine Herzensangelegenheit ist, bin ich gern dabei.“

Was MANEO leistet, ist wegweisend. Denn der Rückblick auf die wechselvolle Geschichte des Schöneberger Szene-Kiezes zeigt, wie wichtig es ist, Freiheiten zu behaupten und Diskriminierung, Bedrohung und Gewalt entgegenzutreten.“

Was ich erlebt habe

MEIN FREUND SETZTE MICH UNTER DRUCK, MEINE ANZEIGEN GEGEN IHN WIEDER ZURÜCKZUZIEHEN

von Karim, 24 J.

Mit unserer Aktion ‚Was ich erlebt habe‘ möchten wir LSBT* einladen, uns eine reale, kurze Geschichte über ein Ereignis aus ihrem Leben aufzuschreiben, also was sich zugezogen hat und wie es erlebt wurde. Eingeladen sind auch deren Eltern und Geschwister, über ein persönliches Erlebnis oder eine Beobachtung zu erzählen, die sie mit ihren LSBT*-Kindern bzw. -Geschwistern gemacht haben. Hier veröffentlichen wir eine weitere Geschichte.

Ich bin 23 Jahre alt und komme aus Syrien. Ich bin mit meiner Familie aus dem Bürgerkrieg geflüchtet und gemeinsam leben wir seit 5 Jahren in Deutschland. Die deutsche Sprache habe ich schnell erlernt. Mittlerweile studiere ich an einer Fachhochschule und wohne in einem Studentenwohnheim.

Vor zwei Jahren habe ich meinen damals 24 Jahre alten Freund kennen gelernt. Auch er stammt aus einer arabischen Familie, ist jedoch hier in Deutschland geboren. Keiner aus unseren Familien weiß, dass wir schwul sind. Wir beide stammen aus größeren arabischen Familien. Ich muss fürchten, dass mir etwas passiert, falls sich das in unserer Verwandtschaft herumsprechen sollte. Wir mussten deshalb unsere

Beziehung geheim halten. Unsere Familien wussten, dass wir uns kannten und befreundet waren, nicht jedoch wie weit unsere Freundschaft ging.

Nach etwa einem halben Jahr habe ich gemerkt, dass es zwischen uns nicht so läuft, wie ich mir das gewünscht habe. Ich begann mein Studium. Er hatte seine Ausbildung abgebrochen. Mein damaliger Freund klammerte, weshalb es zwischen uns immer wieder zum Streit kam. Dann wurde er mehrmals mir gegenüber handgreiflich. Schließlich wollte ich Schluss machen. Doch mein damaliger Freund ließ das nicht zu. Er wollte, dass ich bei ihm bleibe und die Beziehung mit ihm fortsetze. Er manipulierte mein Handy, verfolgte mich, wusste immer wo ich war, rief mich an, schickte mir ununterbrochen SMS, wurde wütend, wenn ich nicht sofort antwortete. Erneut erklärte ich ihm, dass zwischen uns Schluss sei.

An einem Abend im Februar verlangte er von mir, dass wir uns sehen müssten. Ich wollte ihn jedoch nicht treffen. Plötzlich stand er vor unserer Wohnungstür. Ich bat meine Mutter und meinen Bruder zu sagen, dass ich nicht da sei. Doch er ließ nicht ab und erklärte, dass er wüsste, dass ich zu Hause sei und verlangte erneut, mich sehen zu wollen. Fast eine halbe Stunde lang belagerte er die Wohnungstür. Meine Mutter machte sich bereits Sorgen, dass sich Nachbarn im Haus gestört fühlen könnten. Der Auftritt meines Ex-Freundes nahm teilweise dramatische Züge an. Er weinte und wirkte verzweifelt. Schließlich konnte ich nicht mehr anders und ging vor die Tür, um mit ihm zu sprechen. Im Gespräch verlangte er von mir zu erklären, dass wir wieder zusammen seien. Er wollte mich nicht in die Wohnung zurück lassen, ohne dass ich ihm das zusagte. Ich sagte ‚Nein‘ und bat ihn, mich in Ruhe zu lassen. Dann drohte er mir, mich vor meiner Familie zu outen, drohte mir mit Gewalt und machte mir richtig Angst. Ich war völlig ratlos. Mein Bruder verständigte dann die Polizei.

Als die Polizei eintraf, war mein Ex-Freund wie ausgewechselt. Er behauptete, dass zwischen uns alles mittlerweile geklärt sei. Die Beamten wollten bereits gehen als ich ihnen jedoch signalisierte, dass gar nichts zwischen uns geklärt sei. Ich bat sie darum, meinen Ex-Freund wegzuschicken und uns in Ruhe zu lassen. Weil sich mein Ex-Freund gegenüber den Beamten unkooperativ verhielt, mussten sie ziemlich laut werden. Ich habe einem Beamten gesagt, dass ich Anzeige erstatten möchte, woraufhin mir ein Polizist mitteilte, dass ich das per Internetwache tun sollte. Das tat ich umgehend. In der Anzeige habe ich auch geschrieben, dass wir eine Beziehung hatten.

Zwei Tage später machte ich mich mit einem guten Bekannten auf den Weg zu einem Club, um mich abzulenken und weitere Freunde zu treffen. Als wir von der U-Bahn kamen und die Straße entlang gingen, stürzte plötzlich mein Ex-Freund auf mich zu. Er hatte zwischen parkenden Autos gelauert und mich hier abgepasst. Ich hatte panische Angst. Er ergriff mich an den Hüften und warf mich gegen eine steinerne Hauswand. Ich schlug mit dem Kopf gegen die Mauer, fiel hin und war von den Schmerzen ganz benommen. Durch die Schreie meines Bekannten wurden Leute aufmerksam und verständigten die Polizei.

Als die Polizeibeamten kamen fragten sie mich, ob sie einen Krankenwagen rufen sollen. Mir ging es wirklich schlecht und mein Kopf tat weh. Doch ich wollte nur weg. Zuvor erstattete ich erneut Anzeige gegen meinen Ex-Freund. Ich fuhr dann zu meinem besten Freund, weil ich in diesem Zustand nicht nach Hause fahren konnte.

Es war jedoch immer noch nicht vorbei. Mein Ex-Freund setzte mich derart unter Druck, dass ich beide Anzeigen gegen ihn wieder zurückzog und mich bereit erklärte, wieder mit ihm zusammen zu sein. Doch damit verschaffte ich mir gleichzeitig auch Zeit. Nach einer weiteren Körperverletzung flüchtete ich zu meinem besten Freund, wo ich mich versteckte. Ich informierte die Verwaltung des Studentenwohnheims und bat um eine neue Wohnung, weil mein Ex-Freund die alte Adresse kannte. Das dauerte eine Weile, bis ich eine neue Wohnung zugewiesen bekam. Ich wandte mich zwischenzeitlich an MANEO, wechselte mein Handy, führte Gespräche mit der Polizei und beantragte eine Verfügung nach dem Gewaltschutzgesetz.

Ich muss jedoch gestehen, dass ich große Angst hatte, meinen Ex-Freund mit dieser Verfügung weiter zu reizen. Denn meinem Ex-Freund traue ich zu, dass er mir noch schlimmere Gewalt antut. Ich will einfach nur, dass er mich in Ruhe lässt. Wichtig für mich waren alle Informationen, die ich bekam und die mir halfen zu verstehen, was ich tun konnte, um mich zu wehren. Dann schaltete sich eine deutsche Verwandte meines Ex-Freundes ein, die Kontakt zu mir aufnahm und über die ich mit meinem Ex-Freund kommunizierte. Ihr gegenüber hatte er sich als ‚bisexuell‘ geoutet und sie half bei der Vermittlung, ohne dass andere aus seiner Familie davon etwas mitbekamen. Sie hat dafür gesorgt, dass er mich in Ruhe lässt.

Bis jetzt habe ich auch diese Ruhe.



Internationale Vernetzung

SCHUTZ VON LSB&T-RECHTEN IN NORDIRLAND

Aisling Twomey berichtet als **zuständiger Mitarbeiter des Angebots-services zum Schutze von LSB&T-Rechten in Nordirland**

Das Rainbow Project entwickelte 2010, mit Unterstützung des Police Service of Northern Ireland (PSNI, zu Deutsch: Polizeidienst von Nordirland), ein ‚Angebotsservice zum Schutz von LSBT*-Rechten‘ (auf Englisch: LGB&T Advocacy Service). Dieses Angebot unterstützt die LSBT* Community darin, zum einen (homophobe) Vorfälle und Hasskriminalität bei der Polizei anzuzeigen und zum anderen Betroffenen weitere Bedarfe durch die Wegweisung in andere Angebotsstrukturen zu ermöglichen.

Die Arbeit des LSB&T-Angebots-services einerseits und PSNI andererseits haben dazu beigetragen, dass im Zeitraum 2017-2018 bis zu 267 Vorfälle von Hasskriminalität angezeigt wurden, wovon 163 Meldungen mehr als eine Straftat beinhalteten. Diese Statistik spiegelt zwar nicht die realen Erfahrungen der LSB&T Community in Nordirland wider, zeigt aber, dass es für die Betroffenen einfacher geworden ist, Belästigungen und Übergriffe zu melden.

Eine Studie mit dem Titel ‚Through our eyes‘ (zu Deutsch: durch unsere Augen), die vom Rainbow Project im Jahr 2009 durchgeführt wurde, hat ergeben, dass mehr als 20% der Lesben, Schwulen und Bisexuellen in Nordirland von homophoben Vorfällen betroffen waren, und dass davon 64% der Vorfälle nicht zur Anzeige gebracht wurden. Der meistgenannte Grund war die Befürchtung, dass die Polizei entweder nichts machen wollte oder könnte.

Diese Ergebnisse führten zu der Einrichtung des ‚Angebotsservices zum Schutze von LSB&T-Rechten‘ im Jahr 2010 und damit direkt zu einer Reduzierung der Dunkelziffer.

Durch verschiedene gemeinsame Kooperationen und Gesprächen mit verschiedenen Hilfsorganisationen wie PSNI, Victim Support Northern Ireland (Opferhilfe Nordirland), Housing Executive (Wohnungsbehörde), SailNi (Organisation, die Familien von Trans* und non-binären Personen unterstützt), sowie durch interne Auswertungen der Gesundheits- und weiteren Beratungsgesprächen hat sich herausgestellt, dass immer noch viele Vorfälle nicht angezeigt werden. Dabei würde eine Anzeige dazu beitragen, dass die Betroffenen ihre benötigte Unterstützung erhielten und ihnen die Möglichkeit bieten Gerechtigkeit einzufordern. Zudem würden Akteure wie der PSNI und das Justizministerium dadurch mehr Wissen über die Dimension und das Ausmaß dieses Problem sammeln können.

Manche Betroffenen fühlen als Opfer eine Bürde, ihren Vorfall als homo-, bi- oder trans*phob zu deklarieren. Dies wirke wie ein Hindernis für manche LSBT*, so dass sie nur widerwillig Anzeigen erstatten, da sie keine Aufmerksamkeit auf die eigene sexuelle Orientierung oder Identität lenken wollen. Sie befürchten, dass dies ihre Situation noch verschlimmere.

Es bleibt immer die Entscheidung der Betroffenen selbst, ob sie eine Anzeige erstatten wollen – meine Rolle dabei ist es nicht, Druck auszuüben, sondern zu helfen, Zugänge zu weiteren Hilfsstrukturen zu ermöglichen. Ich spreche auch darüber, den Vorfall anzuzeigen. Wenn sie wollen, dass die Polizei informiert wird, aber sie wirklich keine Anzeige erstatten wollen, dann übernehme ich es für sie. Dieses Vorgehen ermöglicht es jeden Einzelnen, der Hasskriminalität erlebt hat, auch anonym Anzeige zu erstatten. Das erhöht unsere Reichweite und unterstützt Betroffenen, die selbst keine persönlichen Daten an die Polizei weitergeben wollen.

Das Rainbow Project wird mit verschiedenen Organisationen weiter zusammenarbeiten, um Sensibilisierungs- und Aufklärungstrainings zu LSB&T durchzuführen. Sie werden darin unterstützt, mehr für inklusive Arbeitsplätze zu tun und darüber eine klare Botschaft nach außen zu vermitteln: Dass sie eine Organisation sind, die den Fortschritt will und es ernst damit meint, Diversität und LSB&T zu fördern.

EHRENAMT?

EHRENSACHE!

Wir suchen engagierte ehrenamtliche Mitarbeiter, die unsere Gewaltpräventionsarbeit unterstützen.

Bei MANEO verbinden sich hauptamtliche und ehrenamtliche Arbeit. In fast allen Bereichen der Projektarbeit sind ehrenamtliche Mitarbeiter beteiligt. Ohne ihr tatkräftiges Engagement wäre MANEO heute nicht das, was es heute ist: ein etabliertes, vielseitiges, anerkanntes und dynamisches Anti-Gewalt-Projekt. Für das Ehrenamt gelten bei MANEO Anforderungen und Standards, die für die Qualitätsentwicklung der Projektarbeit unabdingbar sind und deshalb auch sichergestellt werden.

➔ **Melde Dich! Schreibe uns**

IMPRESSUM

MANEO - DAS SCHWULE ANTI-GEWALT-PROJEKT IN BERLIN

Ein eigenständiges Projekt von Mann-O-Meter e.V. // Bülowstraße 106, 10783 Berlin
Hotline: 030-2163336 // Email: maneo@maneo.de // Online: www.maneo.de

SPENDENKONTO:

Mann-O-Meter e.V. // IBAN: DE96 1002 0500 0003 1260 00 // BIC: BFSWDE33BER
(Bank für Sozialwirtschaft) // Zweck: Opferhilfe. // Spenden sind steuerabzugsfähig.
Für die Erstellung einer Spendenbescheinigung bitten wir um eine Benachrichtigung.

ERMÖGLICHT DURCH MITTEL DER LOTTO-STIFTUNG BERLIN.

